

## Untersuchungen zur Kommunalen Kriminalprävention

Standardinventar für Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention

Autor: Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg  
Erschienen in: Kriminalistik 1, 1999, S. 54-56

Zu den zentralen Dimensionen der Lebensqualität in den Gemeinden gehört das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Die in den letzten Jahren betonte (Gemeinde-)politische Handlungsmaxime, sich verstärkt an den Bedürfnissen der Bürger zu orientieren, führte in zahlreichen Kommunen dazu, das Problem "Sicherheit" bzw. "Kriminalität" als Gegenstand des Informationsbedürfnisses im Rahmen gemeindlicher Planungen aufzugreifen. Das Sicherheitsgefühl ist eine der Messgrößen für Lebensqualität in einer Kommune und zur Bewertung kommunaler Leistungen.

Die in den 70er Jahren erstmals von Kommunen durchgeführten *Bürgerbefragungen* sollten zunächst Informationsbedürfnisse von Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung befriedigen. In den letzten Jahren ist eine deutliche Zielverschiebung festzustellen: Bürgerbefragungen dienen inzwischen (auch) dem Ziel, städtische Lebensqualität und kommunale Verwaltungsleistung zu messen. Zunehmend wird hierbei auch der Gesichtspunkt "Sicherheit" bzw. "Sicherheitsgefühl" berücksichtigt. So führten verschiedene Kommunen in den letzten Jahren Bürgerbefragungen durch, in denen in Form von *Mehrthemen-Umfragen* teils nach der Bewertung von "Kriminalität" als Problem der Gemeinde gefragt wurde, teils gezielt nach "Opferwerdung" oder "Vermeideverhalten". Teilweise wurde nach der Bedrohlichkeit von Örtlichkeiten und Gelegenheit sowie nach Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit aus Sicht der Bürger gefragt, teilweise wurden auch schon spezielle Studien durchgeführt zur Sicherheit in der Stadt oder zu "Angsträumen" und zu konkreten Möglichkeiten der örtlichen Abhilfe.

Einen sehr viel breiteren Raum als in diesen Mehrthemen-Umfragen nahmen die Bereiche Sicherheit und Sicherheitsgefühl in den in den letzten Jahren in mehreren Kommunen durchgeführten *kriminologischen Regionalanalysen* ein. Diese Untersuchungen dienten regelmäßig der Vorbereitung von kriminalpräventiven Projekten auf kommunaler Ebene und hatten das Ziel, die Regionaldaten der Polizeilichen Kriminalstatistik zu ergänzen um

- die Erfassung der Wahrnehmung der Kriminalität als Problem in der Gemeinde, der Verbrechensfurcht, des Sicherheitsgefühls, der Bewertung der Polizeiarbeit sowie präventionsrelevanter Einstellungen und Erwartungen der Bürger in den Gemeinden,
- eine Bestandsaufnahme hinsichtlich Opfererfahrungen in Hell- und Dunkelfeld und ihrer Verarbeitung einschließlich des Anzeigeverhaltens,
- die Erhebung von Vorstellungen und Vorschlägen zur kommunalen Kriminalprävention seitens der Bevölkerung sowie
- die Bestimmung von Problemfeldern und von möglichen Zielgruppen für Aktivitäten der kommunalen Kriminalprävention.

Ein erhebliches Problem der bisherigen Untersuchungen, und zwar sowohl der allgemeinen Bürgerumfragen als auch der kriminologischen Regionalanalysen, besteht darin, dass vor allem wegen unterschiedlicher Erhebungsinstrumente die Ergebnisse nicht oder nur teilweise miteinander *vergleichbar* sind, folglich auch nicht umfassend bewertet werden können. Es kann deshalb vielfach nicht entschieden werden, ob es sich tatsächlich um lokale Probleme oder nur um Artefakte der Fragestellung handelt. Erforderlich sind Befunde aus Kommunen vergleichbarer Größe und Struktur, die mit identischer Methode und vergleichbaren Fragestellungen gewonnen werden. Dieses Problem lässt sich nur lösen durch Standardisierung der Fragestellungen. Hierzu hat die Forschungsgruppe "Kommunale Kriminalprävention in Baden- Württemberg" ein "*Standardinventar*" vorgelegt, dessen Hintergrund im Folgenden kurz erläutert und in seinen Grundzügen vorgestellt werden soll.

1993 wurde in Baden-Württemberg mit dem *Pilotprojekt "Kommunale Kriminalprävention in Baden- Württemberg"* in den Gemeinden Calw, Freiburg i.Br. und Ravensburg/Weingarten begonnen. Dieses Pilotprojekt wurde wissenschaftlich von einer Forschungsgruppe begleitet, die sich zusammensetzt aus Kriminologen in Heidelberg, Freiburg i.Br., Villingen-Schwenningen und Konstanz. Diese Gruppe führte - in Ergänzung polizeilicher Lageberichte - im Sommer 1994 bei jeweils repräsentativen Stichproben der Wohnbevölkerung der am Pilotprojekt beteiligten Gemeinden eine schriftliche Befragung durch. Deren Ergebnisse sollten den mit Fragen der Kriminalprävention befassten Arbeitskreisen in den Gemeinden Anhaltspunkte und Hintergrundwissen für Konzeption und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen liefern, die nicht nur auf eine Minderung des (objektiven) Opferrisikos abzielen, sondern auch auf eine Beeinflussung von Bedingungen, die Kriminalitätsfurcht auslösen können. - Diese Befragung war relativ umfangreich, der Fragebogen umfasste 188 Fragen.

Auf der Grundlage der mit diesen Befragungen gewonnenen Erkenntnisse sowie aufgrund des Wunsches zahlreicher weiterer Kommunen, ebenfalls Bürgerbefragungen zur Planung eigener Präventionsprojekte durchzuführen, entwickelte die Forschungsgruppe ein "*Standardinventar*" für Bevölkerungsbefragungen im Rahmen Kommunaler Kriminalprävention. Mit diesem Standardinventar sollten folgende *Ziele* erreicht werden:

- Es sollten die für kriminologische Regionalanalysen unverzichtbaren zentralen Inhalte von Bürgerbefragungen zur Inneren Sicherheit - Dunkelfeld der Kriminalität, Sicherheitsgefühl - erhoben werden.
- Das Standardinventar sollte nur die zentralen Inhalte enthalten, damit der Aufwand sowohl für die Befragten als auch für die befragende Einrichtung verhältnismäßig gering ist und die Befragung ggfs. von der Kommune selbst durchgeführt werden kann.
- Das Standardinventar sollte für alle Kommunen einsetzbar sein und damit die Basis bilden für Befragungen mit identischen Fragestellungen, deren Ergebnisse sowohl im regionalen Querschnitt als auch im zeitlichen Längsschnitt untereinander vergleichbar sind.

Verwendet werden in diesem Standardinventar Fragen, die in der nationalen und internationalen Forschung akzeptiert sind und in den letzten Jahren nicht nur von der Forschungsgruppe selbst verwendet worden sind, sondern zuvor vor allem von der

Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht (Prof. Dr. H. Kury) sowie von Prof. Dr. K. Boers in dessen Untersuchungen zur Kriminalitätsfurcht. Durch das Standardinventar sollen folgende *Bereiche* erfasst werden:

1. Die *Einschätzung der Kriminalität als soziales Problem* im Vergleich mit anderen Problemen der Kommune. Im Unterschied zu Befragungen, in denen geschlossene Fragen verwendet werden, hält die Forschungsgruppe eine offene Frage für aussagekräftiger als eine geschlossene, bei der durch die Vorgabe von mehreren Antwortmöglichkeiten, u.a. auch Kriminalität, eine hohe Appellfunktion ausgeübt wird, während nicht explizit vorgegebene Probleme, die indessen vor Ort oder für bestimmte Teilgruppen der Befragten von besonderer Bedeutung sein können, nicht erfasst werden.

2. Die *Kriminalitätslage aus Sicht der Bevölkerung*. Die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst überwiegend nur Straftaten, die durch die Bürgerinnen und Bürger angezeigt werden. Ein Großteil der Straftaten wird jedoch nicht angezeigt, was zur Folge hat, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik nur einen Ausschnitt der Kriminalitätswirklichkeit aufzeigen kann. Insofern bilden Bürgerbefragungen nach selbst erlittenen Straftaten eine notwendige Ergänzung. Denn die Kriminalitätsdarstellung in Opferstudien ist weitgehend unbeeinflusst vom Anzeigeverhalten und erfasst damit auch die im Dunkelfeld gebliebene Kriminalität. Allerdings werden bei Bürgerbefragungen nur Individualopfer innerhalb eines bestimmten Befragungszeitraums erfasst. Durch die Fragen nach den folgenden selbst erlittenen Straftaten - Diebstahl, Sachbeschädigung, Raub/räuberische Erpressung, sexueller Angriff, tätlicher Angriff, Betrug - wird aber immerhin ein Großteil der den Bürgern persönlich widerfahrenen Kriminalität gemessen.

3. Das *Sicherheitsgefühl* (Kriminalitätsfurcht) der Bürgerinnen und Bürger sowie einige von dessen Determinanten. Da aus der Forschung bekannt ist, dass (subjektive) Kriminalitätsfurcht einerseits und (objektive) Kriminalitätslage und -gefährdung andererseits weitgehend unabhängig voneinander sind, muss diese subjektive Dimension von Kriminalität selbständig gemessen werden. Denn gerade das Sicherheitsgefühl beeinträchtigt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger entscheidend und führt - ob dieses Gefühl begründet ist oder nicht - zu Vermeide- und Schutzverhalten, zu Rückzug und - im Extremfall - zu Isolation. Kriminalitätsfurcht weist zum einen eine emotionale Komponente auf, die im Sicherheitsgefühl im engeren Sinne zum Ausdruck kommt. Zum anderen beinhaltet Kriminalitätsfurcht eine kognitive Dimension, die persönliche Einschätzung des Risikos, Opfer von (bestimmten) Straftaten zu werden. Und schließlich weist Kriminalitätsfurcht auch eine sog. konative Komponente auf, nämlich die Rückwirkung von Furcht auf das Verhalten, das sich in Vermeide- oder Schutzverhalten äußern kann. Alle drei Komponenten werden gemessen.

Um den Kommunen Anhaltspunkte dafür zu schaffen, wie das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöht werden kann, wird auch nach den Gründen für Kriminalitätsfurcht gefragt und werden Determinanten des Sicherheitsgefühls erhoben.

4. Um auch regional kriminalpräventive Maßnahmen zielgerichteter planen zu können, wird bei den Angaben zur Opferwerdung *differenziert nach kommunalen Wohngebieten*.

5. Schließlich werden *Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger* zur Verbesserung der Sicherheit in der Kommune eingeholt.

Die Forschungsgruppe "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" bietet das von ihr entwickelte Standardinventar zum Einsatz bei örtlichen Umfragen an. Dies Instrument wurde 1997 an einer Zufallsstichprobe Freiburger Bürgerinnen und Bürger getestet und optimiert, so dass derzeit eine standardisierte Version vorliegt, welche von der Forschungsgruppe interessierten Kommunen kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Im Gegenzug werden die Kommunen gebeten, ihre Auswertung der Daten der Forschungsgruppe "Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg" zur Verfügung zu stellen, damit ein Informations- und Datenpool aufgebaut werden kann, der wiederum den Städten zur Einordnung ihrer Ergebnisse und zum Vergleich zur Verfügung gestellt werden kann.

In einem "*Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention*" werden die wichtigsten Punkte erläutert, die bei der Durchführung einer Befragung zu berücksichtigen sind. In einem "Anhang" sind abgedruckt das "Standardinventar", ein Musteranschreiben an die Bürgerinnen und Bürger, ein Muster für Erinnerungspostkarten, ein Codierschema für das Standardinventar sowie ein Auswertungsschema. Dieses "Handbuch" kann gegen eine Schutzgebühr von 5 DM bezogen werden bei der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sturmbühlstr. 250, 78054 Villingen-Schwenningen (Tel.07720/309-230; Fax 07720/309-235; e-mail: wolfgangkupper@fhpol-vs.de).

Für Auskünfte stehen die Mitglieder der Forschungsgruppe zur Verfügung.

Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht - Forschungsgruppe Kriminologie - hat sich darüber hinaus bereit erklärt, gegen Erstattung der Selbstkosten nicht nur die Dateneingabe und statistische Auswertung durchzuführen, sondern erforderlichenfalls die gesamte Untersuchung.

Standardinventar ggf. hier einfügen

### **Anmerkungen**

1 Über die bis Mitte der 80er Jahre veröffentlichten Studien informiert die Arbeit von Katharina Bley: Kriminalität in der Stadt - Systematisierung und Vergleich ökologischer Studien städtischer Kriminalität im deutschsprachigen Raum, Trier 1987. Die in den 90er Jahren durchgeführten kriminologischen Regionalanalysen sind, soweit ersichtlich, noch nicht vollständig dokumentiert. Vielfach handelt es sich um sog. "graue Literatur". Nur beispielhaft hingewiesen wird deshalb auf Bremen und Bremerhaven: Projektteam Bürgerbefragung: Sagen Sie uns Ihre Meinung! Zwischenbericht zur Bürgerbefragung. Bürgerbefragung zur Inneren Sicherheit in den Bremer Stadtteilen Gröpelingen und Findorff sowie im Bremerhavener Stadtbezirk Süd, März 1998; Feltes, Thomas (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Holzkirchen/Obb. 1995 (Ergebnisse für Calw, Freiburg i. Br., Ravensburg/ Weingarten); Essen: W älter, Helmut; Pannenbäcker, Frank; Rosenkranz, Martin: Kriminologische Regionalanalyse Essen, Bd. 1, Essen 1996; Hamburg: Legge, Ingeborg: Kriminologische Regionalanalyse Hamburg-Altona Methodische Grundlagen lokaler Sicherheitsdiagnosen, Hamburg 1994; Legge, Ingeborg; Bathsteen, Michael: Kriminologische Regionalanalyse Hamburg, Band II: Lokale Sicherheitsdiagnosen für vier Stadtteile, Hamburg 1996; Hamm: Reichertz, Johannes; Misterek, Wolfgang: Subjektives Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbelastung - Eine repräsentative Bevölkerungsbefragung in Hamm/Westfalen, Essen 1995; Landau: Jäger, Reinhold S.: Sicherheit in der Stadt, Landau 1996; Lübeck: Papendorf, Knut; Neth, Axel: Kriminologische Regionalanalyse Lübeck, Lübeck 1991; Saarlouis, Neunkirchen und Freisen: Seitz, Helmut; Pohl, Ulrich: Regionale Analyse zu Kriminalität und Sicherheitsgefühl sowie zu Kriminalität als Belastungsfaktor für Gewerbebetriebe in den Kreisstädten Saarlouis und Neunkirchen sowie in der Gemeinde Freisen, Saarbrücken 1997. Unna: Kreispolizeibehörde Unna: Bürgerbefragung im Kreispolizeibezirk Unna, Unna 1994; Kreispolizeibehörde Unna: Bürgerbefragung im Kreispolizeibezirk Unna, Unna 1995.